

Hausärzterverband M-V e.V., Neumühler Straße 22, 19057 Schwerin

Pressevertreter

Hausärzterverband M-V e.V.

Vorsitzender: Stefan Zutz

1. Stellvertreter: Dr. Jan Eska

Landesgeschäftsstelle

Neumühler Straße 22, 19057 Schwerin

Tel.: 0385.7431-466, Fax: 0385.7431-66466

E-Mail: info@hausarzt-mv.de

www.hausarzt-mv.de

Schwerin, 19. Juli 2024

Die Notfallreform ist eine Gefahr für die hausärztliche Versorgung!

Die Hausärztinnen und Hausärzte in MV arbeiten an der Belastungsgrenze. Eine Ausweitung deren Aufgaben wird zu Lasten der Patientenversorgung in den Praxen gehen. Schon jetzt sind laut Kassenärztlicher Vereinigung in MV 77 hausärztliche Planstellen offen. Zusätzlich wächst der Anteil der Hausärzte Ü60. Wir brauchen alle verfügbaren Kolleginnen und Kollegen, um die Versorgung auf dem derzeitigen Stand zu halten.

Der vorliegende Kabinettsentwurf der Bundesregierung zur Notfallreform wird zu einer Verschärfung der Problematik führen. Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass an quasi allen Krankenhäusern integrierte Notfallzentren (INZ) aufgebaut werden, die mit niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten zu besetzen sind. „Woher sollen diese Kollegen kommen?“, fragt Dr. Jan Eska, stellvertretender Vorsitzender des Hausärzterverbands MV. Diese INZs sollen dafür sorgen, dass die Notaufnahmen von weniger schwer erkrankten Patienten entlastet werden. Diese Idee ist grundsätzlich begrüßenswert. Das Konzept der Bereitschaftsdienstpraxen wurde in Mecklenburg-Vorpommern auch bereits an vielen Krankenhausstandorten so etabliert. Derzeit existieren 13 Bereitschaftsdienstpraxen in 12 Städten in MV. Zusätzlich gibt es 43 Dienstbereiche für Hausbesuchsdienste. Die Zahl der Bereitschaftsdienstpraxen müsste nach dem Kabinettsentwurf verdoppelt werden. Eine solche Anlaufpraxis zukünftig an jedem Krankenhaus bedarf zusätzlicher Ärzte und medizinischer Fachangestellten. Personal, das dann in den Arztpraxen fehlt.

Des Weiteren soll, parallel zu den Öffnungszeiten der Arztpraxen, ein zusätzlicher Besuchsdienst rund um die Uhr eingerichtet werden. Aus Sicht der Patienten erscheinen diese Vorschläge erstrebenswert. Neben den fehlenden personellen Ressourcen haben diese Pläne aber auch erhebliche finanzielle Auswirkungen, die möglicherweise auch in einem weiteren Anstieg der Krankenkassenbeiträge resultieren. „Hier werden Doppelstrukturen aufgebaut, die nicht dem Bedarf eines dünn besiedelten Flächenlandes entsprechen.“, so Dr. Jan Eska. Für Stadtstaaten sind Teile des Entwurfs umsetzbar, die für Mecklenburg-Vorpommern weder sinnvoll noch realisierbar erscheinen. Eine gesetzlich verpflichtende Ausweitung dieser Vorhalteleistungen, die den regionalen Bedarf der Patienten ignoriert, gefährdet mehr als das sie nutzt.

Es wird in den nächsten Jahren noch viel Kraft kosten, das Niveau der aktuellen Versorgung zu halten – das müssen wir den Patienten auch ehrlich sagen! Wir brauchen eine Anpassungsmöglichkeit der Reform für unser Bundesland.